

Raina Zimmering

**Lateinamerikanische Migration
und der Blick nach Europa**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.de> abrufbar.

WeltTrends, Potsdam 2017
www.welttrends.de

WeltTrends
MedienHaus Babelsberg
August-Bebel-Straße 26–52
D-14482 Potsdam

Tel.: +49 (0) 331 / 721 20 35
Fax: +49 (0) 331 / 721 20 36
E-Mail: verlag@welttrends.de

Raina Zimmering:
Lateinamerikanische Migration und der Blick nach Europa

Projektleitung: Tim Haberstroh
Korrektorat und Satz: Charlotte Bister
Druck: docupoint, Magdeburg

ISBN 978-3-945878-48-4

Das Manuskript ist urheberrechtlich geschützt.
© WeltTrends, Potsdam 2017

Inhalt

Vorwort	7
1 Einführung	13
2 Theoretische Ansätze	17
3 Empirischer Befund der lateinamerikanischen Migrations- und Flüchtlingsbewegungen, Push- und Pullfaktoren	25
3.1 Das Phänomen der Kinderflüchtlinge	28
4 Fluchtursachen oder die Push-Faktoren für Fluchtbewegungen in Lateinamerika	31
4.1 Wachsende Gewalt, Bedrohung durch das organisierte Verbrechen und Militarisierung	31
4.1.1 Gewalt und Nekropolitik in Mexiko	32
4.1.2 Gewalt und Nekropolitik im Norddreieck Zentralamerikas	41
4.1.3 Gewalt in Kolumbien	45
4.2 Ökonomische und soziale Ursachen für Migrationsbewegungen als wichtige Push-Faktoren	53
5 Amerikanische Flüchtlingspolitiken – bewusst initiiertes Anti-Pullfaktor	59
5.1 Die Migrationspolitik der USA und die künstliche Verschlechterung der Pull-Faktoren für Migrant*innen ohne Papiere	63

5.1.1	Lateinamerikaner*innen in den USA	63
5.1.2	Grundlagen der US-amerikanischen Migrationspolitik gegenüber Lateinamerikaner*innen	67
5.1.3	Erwartungen für die US-amerikanischen Migrationspolitik unter der Regierung von Donald Trump	74
5.1.4	Die angebliche Bekämpfung der Fluchtursachen in Lateinamerika	81
5.1.5	Bewertung der US-amerikanischen Migrationspolitik gegenüber lateinamerikanischen Migrant*innen	84
5.2	Mexikos Migrationspolitik: Ambivalenz zwischen Schutz der eigenen Migrant*innen und Abwehr nichtmexikanischer Migrant*innen	89
5.2.1	Die Macht der Remesas	89
5.2.2	Mexiko als Vorposten der US-amerikanischen Migrationspolitik	90
5.2.3	Migrationspolitik und Verbrechen in Mexiko	94
5.2.4	Die Brückenfunktion Mexikos durch dessen restriktive Migrationspolitik	97
5.2.5	Mexikanische Zwitterstellung zwischen Zentralamerika und den USA	100
5.2.6	Die Migrationspolitik Mexikos im Verhältnis zum neuen US-Präsidenten Donald Trump	104
6	Die Transformation von Migration in politischen Aktivismus und die Entstehung „alternativer migrantischer Räume“	111
7	Theoretische Schlussfolgerungen	117
8	Fazit	123
	Literatur	129

Vorwort

Wir leben im Zeitalter der Migration, die in ihrer jetzigen Form eine Folge der neoliberalen Globalisierung ist. Die von ökonomischer und sozialer Ausgrenzung Betroffenen und in zunehmendem Maße durch kriegerische oder kriminelle Gewalt Geschädigten aus dem globalen Süden strömen in Weltregionen, in denen sie glauben ein sicheres Dasein führen zu können.

Neue Entwicklungen, die auf Abschottung und Abschreckung gegen Migrant*innen und Flüchtende, bis hin zu einem „Krieg“ gegen diese setzen, wie sie von dem US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump, gefolgt von den neuen rechten Regierungen in Lateinamerika, den neuen rechten, nationalistischen Bewegungen in Westeuropa oder den konservativ-nationalistischen Politiken in vielen osteuropäischen Ländern vertreten werden, können die Gründe für die massenweise Migration, die sogenannten Push-Faktoren, nicht aufheben, sondern verschlimmern diese und stärken das organisierte Verbrechen, das Zulauf durch die Hoffnungslosen und Zurückgewiesenen erhält. Restriktive Migrationspolitiken gepaart mit einem aggressiven wirtschaftlichen und politischen Protektionismus können zu einer humanitären Katastrophe führen, die ein neues Zeitalter einleitet, das von noch tieferen sozialen Gräben, moralischem Zerfall, Entdemokratisierung und der politischen Macht des organisierten Verbrechens geprägt sein könnte.

Einen Vorgeschmack darauf bieten die Entwicklungen um die mexikanischen und zentralamerikanischen Migrant*innen infolge der Migrationspolitik des neu gewählten US-Präsidenten Donald Trump, der an der mexikanischen Grenze zu den USA bereits Maßnahmen zum Bau einer Mauer getroffen hat und einen Wirtschaftsprotektionismus verfolgt, der Millionen Arbeitsplätze in Mexiko bedroht. Trump will elf Millionen Lateinamerikaner*innen ausweisen und hat bereits damit begonnen.

Schon jetzt haben sich Migrationsströme von unbekanntem Ausmaß in beide Richtungen entwickelt. Viele in den USA illegal lebende Mexikaner*innen und Mittelamerikaner*innen fliehen aus den USA, ohne zu wissen, wohin sie gehen und wovon sie leben können. Für die mexikanischen Drogenkartelle sind sie ein willkommenes Rekrutierungspotenzial. Die Migrationsströme in die andere Richtung bilden sich durch verzweifelte Menschen aus Mexiko und ganz Südamerika, die schnell noch vor dem Mauerbau in die USA vor Gewalt und Armut fliehen wollen. Täglich kommen tausende Migrant*innen an die Grenze zwischen Mexiko und den USA. Die Erhöhung der Schlepperpreise auf 8.000 Dollar kann sich fast keiner leisten, sodass sie sich zu Fuß auf den Weg machen, was ein aussichtsloses Unternehmen ist. Auf mexikanischer Seite landen sie in den Armen der sogenannten „Zetas“, einer der brutalsten Drogenbanden Mexikos. Wenn sie diesen kein Geld zahlen können, werden sie ermordet. Sollten sie es bis zur US-Grenze schaffen, werden sie vom

Migrationservice, der mit Drohnen arbeitet, aufgegriffen und zurückgeschickt. Was mit diesen Massen an Menschen an der Grenze zu den USA wird, die nicht in ihre angestammten Orte zurückkehren können, weiß niemand. Der Migrations-Notplan der mexikanischen Regierung ist nur für die mexikanischen Rückkehrer*innen aus den USA gedacht, aber nicht für die Hoffnungslosen aus dem eigenen Land und aus Lateinamerika, schon gar nicht für die Mittelamerikaner*innen, die die mexikanische Regierung in Zusammenarbeit mit der US-Regierung gemeinsam bekämpft. Auch Anfang 2017 noch, auch nach der Absage des Besuches in die USA durch den mexikanischen Präsidenten Peña Nieto und der Krise in den diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern gibt es das Angebot der mexikanischen Regierung an die US-amerikanische Administration der Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Migration aus Zentral- und Lateinamerika, was die Nachahmung des Baus von Mauern auch in Lateinamerika bedeutet, zumindest symbolischer Natur. Weniger symbolisch ist der Vorschlag des größten argentinischen Unternehmers Alfredo Olmedo, auch in Argentinien an der bolivianischen Grenze eine Mauer zur Migrationsabwehr zu bauen.

In der Schrift „Lateinamerikanische Migration und der Blick nach Europa“ will die Autorin, die sich jahrzehntelang mit den sozialen und politischen Entwicklungen in Lateinamerika beschäftigt hat, aus dem Blick einer Europäerin am Beispiel der lateinamerikanischen Migration nachweisen, welche Ursachen Migration als Phänomen gesellschaft-

licher Spaltungen hat, welche Auswirkungen Migrationspolitiken, die auf Abschottung und Abschreckung bis hin zum „Krieg gegen Migration und Flucht“ setzen, haben und welche Möglichkeiten der Selbstorganisation von Migrant*innen zur Schaffung alternativer autonomer Räume bestehen, die auch in der neuen aggressiven restriktiven Phase der Migrationspolitik eine Hoffnung darstellen. Seit 2015 beschäftigt sich die Autorin in Zusammenarbeit mit der „Neuen Gesellschaft für Psychologie“ verstärkt mit den psychologischen Grundlagen von politischen Haltungen zur Migration und von Migrationspolitiken. Diese Psychologische Theorien fließen ebenso wie andere Theorien des Postkolonialismus, des klassischen Push-Pull-Modells der Migration, des Poststrukturalismus von Derrida und des *ontological turn* in die Untersuchung ein.

Die europäische Migrationspolitik, die aufgrund des Drucks durch rechtspopulistische Bewegungen und Einstellungen zunehmend auf Abschreckung und Militarisierung setzt, könnte vom lateinamerikanischen Beispiel viel lernen. In Lateinamerika gibt es auch Beispiele für migrationsfreundliche Politiken, wie sie unter den neuen südamerikanischen Demokratien in Argentinien, Brasilien und Uruguay sichtbar wurden. Leider ist die neoliberale und konservative Wende in Argentinien und Brasilien mit einer erneut negativen Haltung gegenüber Migrant*innen aus ihren Nachbarländern, wie es das neue Migrationsgesetz in Argentinien und der Wunsch des Baus einer Mauer an der bolivianischen Grenze zeigen, verbunden. Es bleibt Uruguay als Insel. Die Regierung der

Frente Amplio („Breite Front“, Mitte-links-Parteienbündnis) vertritt eine moderate migrationsfreundliche Politik. Auf der Grundlage der Migrationsgesetzgebung von 2007 und des Dekrets zur Migration von 2009 erhalten alle Migrant*innen bei Grenzübertritt eine Aufenthaltsgenehmigung und Arbeitserlaubnis. Nach drei Jahren dürfen sie bereits die Staatsbürgerschaft beantragen. Vielleicht beruht die Entspanntheit und Freundlichkeit der uruguayischen Bürger*innen, die überall zu spüren ist, unter anderem auf genau dieser Politik ihrer Regierung und der positiven Haltung zu Diversität und Multikulturalität, die die „Angst vor dem Fremden“ zurückdrängt. Die uruguayische Politik kann als Gegenstück zur Migrationspolitik Donald Trumps und zu rechtspopulistischen Bewegungen verstanden werden.

Die Abbildung der Maske aus Oaxaca auf dem Buchcover zeigt, dass die Reichen und Mächtigen, die den Vizekönig des Kolonialreichs symbolisiert, den autochthonen Völkern Verderben und Tod bringen, vor deren Verursachern aber der Tod auch nicht haltmacht. Das Leid, das sie verbreiten, fällt schließlich auf sie selbst zurück.

Die Autorin bedankt sich für die Unterstützung, vielfältigen Anregungen und neuen Sichtweisen durch die deutschen Kolleg*innen von der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP), insbesondere durch Dr. Almuth Bruder-Bezzel und Prof. Dr. Klaus-Jürgen Bruder, für die anregenden Gespräche mit dem uruguayischen Sozialwissenschaftler, Politiker und Aktivisten Prof. Dr. Javier Taks von der Universidad

de la República Uruguay und bei Prof. Dr. Raimund Krämer von der Universität Potsdam. Ebenfalls waren meine Erfahrungen durch die Arbeit in der Zivilen Internationalen Kommission zur Beobachtung der Menschenrechte in Mexiko (CCIODH) und die Diskussionen mit dessen Sprecher Inaki García aus Barcelona und den mexikanischen Wissenschaftler*innen Dr. Tatiana Col und Dr. Cesar Navarro von der Universidad Nacional Autónoma de Mexico für dieses Thema von großer Bedeutung.

Raina Zimmering
Montevideo am 3.2.2017